Prünte soll Parkplatzmangel nicht weiter verschärfen

Unna. Ein Investor plant ein neues Wohn- und Geschäftshaus in der engen Innenstadt. Er müsste Parkplätze vorhalten, aber diese kosten Platz und Geld. Von der Pflicht kann er sich freikaufen. Aber dieses Prozedere besorgt inzwischen die Politik. Der Grund: In der Innenstadt herrscht längst ein Mangel an Parkplätzen. Besonders akut sei das Parkplatzproblem rund um die Klosterstraße. ↗ **Seite 18**

Rund um die Klosterstraße herrscht „Parkdruck".

Diese Parkplätze neben der brachliegenden Prünte-Baustelle stehen nicht mehr zur Verfügung. Das erhöhe den Parkdruck, der ohnehin in dem Innenstadtquartier herrsche – so die Beobachtung in der Politik. Die Forderung: Kommt es zu einem Neubau, müsse das Projekt ausreichend Parkplätze beinhalten.

Fotos (2): Hennes

Prünte soll Mangel an Parkraum nicht verschärfen

Politik weist auf Stellplatznot hin – Ablösesatzung in der Kritik

Von Thomas Raulf

Unna. Das Prünte-Projekt wirft die grundlegende Frage auf, wie das Parken in der Innenstadt organisiert wird. Die Politik hat Bedenken und weist auf Missstände hin.

Die Stadtverwaltung hatte geplant, die Stellplatzablösesatzung für drei weitere Jahre zu verlängern. Das heißt, Bauherren könnten sich für einen vergleichsweise geringen Betrag von der Pflicht freikaufen, Parkplätze auf ihrem Grundstück einzurichten. Die Satzung hat das Ziel, die Bauherren zu motivieren. Es soll ihnen einfacher gemacht werden, Projekte umzusetzen, indem sie Platz für Parkplätze einsparen.

Doch die Politik hat Bedenken. Einen Beschluss zur Verlängerung der Satzung fasste der zuständige Fachausschuss nicht. Zuvor gab es eine rege Diskussion über die geplante Bebauung des früheren Prünte-Komplexes an der Bahnhofstraße. Die Piraten hatten beantragt, dass den Investoren die Möglichkeit der Stellplatzablösung verweigert wird. Sie sollen aber wie andere Bauherren behandelt werden, argumentiert die Stadt.

In der Parkzone „KL" an der Klosterstraße gibt es 42 Stellplätze für Anwohner – aber 61 Parkausweise.

Rechnerisch sind für das Projekt insgesamt 50 neue Stellplätze nötig. Sechs Wohneinheiten sind geplant, für jede ist ein Parkplatz Pflicht. Außerdem muss für 30 Quadratmeter Verkaufsfläche je ein Stellplatz vorgehalten werden. Für den geplanten Drogeriemarkt kann ein Bonus geltend gemacht werden, weil ÖPNV-Angebote in der Nähe liegen. Die Stadt errechnet so unter dem Strich, dass für das Müller-Geschäft, das auf der jetzigen Baustellenbrache entstehen soll, 44 Stellplätze nötig wären.

Diese Parkplätze würden genutzt und zu einem entsprechenden Verkehr im Umfeld führen, sagt Baudirektor Michael Ott. Diese Verkehrsbelastung auf umliegenden Straßen sei zu vermeiden. Die Stadt begrüße daher, dass der Investor zwischenzeitlich Planungen für eine Tiefgarage aufgegeben hat und von der Möglichkeit der Ablöse Gebrauch machen will.

SPD: Parkplätze eines von mehreren Problemen

Doch die Politik ist vor allem in Sorge um den Parkraum für Anwohner. Der sei im Quartier rund um Kloster-, Gesellschafts- und Schäferstraße ohnehin schon knapp. Das Viertel habe verschiedene Probleme, die dringend vertieft werden müssten, so SPD-Ratsherr Ralph Bürger. Neben der Sozialstruktur, hartnäckigen Baulücken und vielen Altbauten sieht er eine Diskrepanz zwischen Parkberechtigungsscheinen und zur Verfügung stehenden Parkplätzen.

„Es kann nicht sein, dass überall gebaut wird und wir den ruhenden Verkehr ignorieren", sagt FLU-Fraktionschef Klaus Göldner. Piraten-Fraktionschef Christoph Tetzner verweist auf die 19 Parkplätze, die neben dem Prünte-Gebäude mit Beginn der Abrissarbeiten schon weggefallen waren. Weitere Miet-Parkplätze verschwänden durch das geplante Hospiz an der Klosterstraße. Und der Parkplatz an der Schulstraße soll bekanntlich als Teil der „Baulandoffensive" überplant werden. Es gebe im Quartier 42 Stellplätze für Anwohner, und die Stadt habe 61 Parkberechtigungsscheine ausgestellt. Die Stadt bestätigt diese Zahl. „Jeder, der einen solchen Antrag stellt, hat auch einen Anspruch darauf", sagt Verwaltungssprecherin Katja Sahmel.

Anwohner im Suchverkehr

Nach Tetzners Beobachtung führt der Parkplatzmangel dazu, dass viele Anwohner abends auf der Suche nach Parkplätzen herumfahren. Der Pirat regt an, die Prünte-Investoren zum Bau einer Tiefgarage zu überreden. Die Vermietung dieser Plätze würde sich sogar lohnen. Ines Nieders-Mollik (Grüne) schlägt vor, den unter dem Gelände entdeckten Hohlraum zu nutzen. Es ließen sich sicher palettenweise Parketagen einziehen. Dieses sei „mit Fantasie sicher vorstellbar", entgegnete Baudirektor Ott, „aber nicht zu bauen". Für eine Tiefgarage seien Geld und ein Investor nötig.

Sorge bremst auch Projekt Nordstraße

Parkplatzfrage nicht beantwortet: SPD lässt Satzungsbeschluss vertagen

In den über Jahrhunderte gewachsenen Strukturen der Innenstadtbebauung wird das Abstellen von Autos offenbar zunehmend zum Problem. Die Sorge, dass nicht ausreichend Stellplätze zur Verfügung stehen, taucht aber auch dort auf, wo neue Wohnquartiere „auf der grünen Wiese" geplant werden. Das jüngste Beispiel ist das Neubaugebiet an der Nordstraße in Massen. Eigentlich sollte die Politik die Satzung dieses neuen B-Plans beschließen.

Doch die SPD hat kurzfristig Beratungsbedarf angemeldet. Die Massener Ratsfrau Renate Nick sieht Anregungen, die sie zu dem Projekt vorgebracht hatte, nicht berücksichtigt. Es müssten mehr Stellplätze in dem Baugebiet entstehen, als gesetzlich vorgeschrieben sind. „Es ist doch weltfremd, zu denken, dass Familien mit Kindern auf ein Auto verzichten, bloß weil ein S-Bahnhof in der Nähe liegt." Die günstige ÖPNV-Anbindung führt die Stadt als Argument gegen einen Mehrbedarf an. Die Stadt rechnet mit einem Stellplatz je Wohneinheit zuzüglich 40 Plätzen im öffentlichen Straßenraum, was einem Schlüssel von einem zusätzlichen Stellplatz à zwei Wohneinheiten entspricht.